

**Niederschrift**

zur 9. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 25. Oktober 2018, 18:30 Uhr im Ferdinand-Reidel-Saal des Neuen Rathauses, Rathausstraße 1-3 in Leimen

- öffentlich -

**Beginn:** 18:30 Uhr

**Ende:** 21:35 Uhr

**Vorsitz:** Oberbürgermeister Reinwald

**Stadträte:** Agena, Dirk  
 Dr. Anselmann, Peter  
 Appel, Hans  
 Bader, Richard  
 Baumann, Ursula  
 Eckl, Ulrike  
 Feuchter, Klaus  
 Frühwirt, Ralf  
 Hassenpflug, Christa  
 Kohr, Jürgen  
 Krauth, Wolfgang  
 Kühner, Anita  
 Kurz, Mathias  
 Leiner, Maja  
 Lindenbach, Bruno  
 Lindner, Werner  
 Mattheier, Christiane  
 Neiningen-Röth, Claudia  
 Reinig, Michael  
 Dr. Sandner, Peter  
 Sauerzapf, Anja  
 Dr. Scheurich, Gerhard  
 Stern, Wolfgang  
 Unverfehrt, Dietrich  
 Woesch, Rudolf

**Entschuldigt:** Sterzenbach, Dieter privat verhindert

**Als Gäste:** Integrationsmanager der Stadt Leimen:  
 (bis 19:43 Uhr)  
 - Philipp Diebold  
 - Johanna Hettler  
 - Panja Küpper  
 - Michael Tutte

<b><u>Von der Verwaltung:</u></b>	02	Bürgermeisterin Felden
	1	Stadtoberverwaltungsrat Berggold
	2	Stadtoberverwaltungsrat Veith
	3	Stadtoberverwaltungsrat Stamm Angestellte Zeitler Stadtamtsrat Federolf
	6	Stadtoberamtsrat Gora
	8	Angestellter Kuhn
	14	Stadtoberamtsrat Heinzmann Angestellter Kral

Angestellte Greiner  
-Protokollführerin-

## T A G E S O R D N U N G

zur 9. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 25. Oktober 2018, 18:30 Uhr im Ferdinand-Reidel-Saal des Neuen Rathauses, Rathausstr. 1-3 in Leimen

- öffentlich -

- |            |   |         |
|------------|---|---------|
| <b>1.</b>  | <b>Gemeinderat</b><br>Nachrücken des Stadtrats Dirk Agena   | 79/2018 |
| <b>2.</b>  | <b>Fragestunde</b>  |         |
| <b>3.</b>  | <b>Protokolle</b><br>- Protokollbeurkundung<br>- Benennung von Urkundspersonen                                    |         |
| <b>4.</b>  | <b>Kirchen</b><br>Förderung des laufenden Betriebes der Kath. Kindergärten St. Georg und St. Mauritius            | 80/2018 |
| <b>5.</b>  | <b>Gemeinderat</b><br>Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung                                | 81/2018 |
| <b>6.</b>  | <b>Zuwendungen</b><br>Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO                    | 82/2018 |
| <b>7.</b>  | <b>Asylbewerber und Flüchtlinge</b><br>Sachstandsberichte der Flüchtlingsbeauftragten und der Integrationsmanager | 83/2018 |
| <b>8.</b>  | <b>Tiefgarage / Baumaßnahmen</b><br>Tiefgarage und Bebauung Rathausplatz – weiteres Vorgehen                      | 84/2018 |
| <b>9.</b>  | <b>Haushalt</b><br>Vorstellung der Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht 2017                                   | 85/2018 |
| <b>10.</b> | <b>Rechnungsprüfungsamt</b><br>Vorstellung des Schlussberichts 2017   | 86/2018 |
| <b>11.</b> | <b>Haushalt</b><br>Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2019   | 87/2018 |
| <b>12.</b> | <b>Straßensondernutzung</b><br>Neufassung des Gebührenverzeichnisses  | 88/2018 |
| <b>13.</b> | <b>Hochwasserschutzkonzeption Leimbach/Hardt bach</b><br>Planfeststellungsverfahren für Maßnahme 4, Stellungnahme | 89/2018 |
| <b>14.</b> | <b>Personalangelegenheiten</b><br>Erlass einer Satzung über die Gewährung eines Zuschusses zur PKV                | 90/2018 |
| <b>15.</b> | <b>Verschiedenes</b>  |         |

Oberbürgermeister Reinwald

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum.

Er stellt anschließend fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist.

Er weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 5 zurückgezogen wurde.

Er fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung. Solche werden nicht erhoben.

## 1. Gemeinderat

79/2018

Nachrücken des Stadtrats Dirk Agena

Oberbürgermeister Reinwald

schildert den Sachverhalt.

Auf seine Nachfrage ergehen keine weiteren Wortmeldungen.

Nach einer Belehrung über seine Rechte und Pflichten als Stadtrat wird Herr Dirk Agena von Oberbürgermeister Reinwald als Vorsitzendem des Gemeinderats durch Verlesen des Textes auf sein Amt verpflichtet.

Stadtrat Agena

wird mit den folgenden Worten verpflichtet:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Stadtrat Agena spricht den Verpflichtungstext nach und nimmt ab 18.40 Uhr an der Sitzung als neues Mitglied teil.

Oberbürgermeister Reinwald

überreicht Stadtrat Agena eine Urkunde und begrüßt ihn im Gremium.

Einstimmig ergeht folgender

### **Beschluss (Kennwort: Gemeinderat)**

Herr Dirk Agena wird in der Sitzung vom 25. Oktober 2018 auf sein Amt als Gemeinderat verpflichtet.

## 2. Fragestunde

Herr Alexander Hahn

sei Zeuge eines unerfreulichen Vorfalles an dem Parkplatz der Turmapotheke geworden.

Ein stark Alkoholisierter verängstige dort die Bürger und dies sei kein Einzelfall. Er möchte wissen, ob der Stadt die Umstände bekannt sind und was die Stadt Leimen gedenkt, dagegen zu tun.

Oberbürgermeister Reinwald

entgegnet, dass dieses Problem bekannt sei, es sich aber um ein Privatanwesen handle und daher die Stadt nichts machen könne. Man stünde jedoch im Gespräch mit den Nachbarn. Zuständig sei nicht die Stadt Leimen als Ortspolizeibehörde, sondern die Polizei als Polizeivollzugsbehörde.

Herr Alexander Hahn merkt zum Tagesordnungspunkt „Rathausplatzbebauung“ an, dass im Beschlussvorschlag nicht die Empfehlung des Runden Tisches vom 19. September 2018 erwähnt wird. Er regt dazu an, dies anzupassen.

Oberbürgermeister Reinwald bedankt sich für die Anregungen.

### 3. Protokolle

- Protokollbeurkundung
- Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Reinwald ruft das Protokoll der Sitzung vom 27. September 2018 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte Feuchter und Stern. Einwände werden nicht erhoben. Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden Stadtrat Bader und Stadträtin Baumann benannt.

### 4. Kirchen

80/2018

Förderung des laufenden Betriebes der Kath. Kindergärten St. Georg und St. Mauritius

Oberbürgermeister Reinwald schildert den Sachverhalt. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Frühwirt

stellt fest, dass die Fraktion der GALL sehr unglücklich darüber sei, dass sich die Kirche aus der finanziellen Verantwortung herausziehen möchte.

Daher werde die GALL-Fraktion dem nicht komplett zustimmen. Er weist darauf hin, dass die Kirche dies schließlich auch für sich selbst tue, wobei der kirchliche Anteil immer geringer würde. Er befürchte einen weiteren Anstieg in nur wenigen Jahren.

Stadtrat Dr. Sandner

stimmt dem Gesagten zu. Allerdings könne man nun aus Gleichbehandlungsgründen diesen Antrag schlecht ablehnen, da die evangelische Kirche bereits diesen Zuschuss auch gewährt bekommen habe. Der Kindergartenbetrieb solle gewährleistet sein. Es sollen nun 93 % gewährt werden. Er gibt zu bedenken, dass andere Kindergärten dem folgen werden und diese seien auch gleich zu behandeln.

Die SPD-Fraktion stimme dem Antrag zu.

Stadträtin Neining-Röth

weist auf das Subsidiaritätsprinzip hin. Es liege in der Verantwortung der Stadt die Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährleisten. Kirchliche Einrichtungen seien daher für eine große Kreisstadt zur Unterstützung sinnvoll.

Die CDU-Fraktion stimme dem Antrag zu.

Stadtrat Woesch

stimmt seinen Vorrednern zu. Es handele sich um eine Aufgabe der Kommune. Die Beteiligung der Stadt sei aber bereits sehr hoch. Die Fraktion der Freien Wähler stimme dem Antrag dennoch zu.

Stadtrat Feuchter

merkt an, dass er sich als Kirchensteuerzahler die Augen reibe. Die Kirche habe bereits ein riesiges Vermögen, wobei die örtlichen Kirchengemeinden von der Landeskirche knapp finanziert würden, sodass sich die Kirchengemeinden wiederum an die Kommunen wenden würden.

Da es kein Mitspracherecht gäbe habe man auch keinen Einfluss auf die Höhe des Betriebskostendefizits. Es würden zudem Mietausgleichszahlungen gezahlt. Dies sei für ihn ein Topf, also bedeute einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von etwa 2%-3%. Er sei von der Kirche enttäuscht und finde dies nicht richtig. Letztendlich zahle die Stadt 98 % der Zeche. Die FDP-Fraktion werde sich daher dagegen aussprechen.

Stadtrat Krauth

meint, es handele sich um eine grundsätzliche Frage. Es sei eine Aufgabe der Kommune. Die Kommune habe durchaus auf den Betrieb der Kindergärten Einfluss. Grundsätzlich wolle man die Trägervielfalt, sei aber nicht bereit, dies finanziell zu unterstützen.

Stadtrat Feuchter

setzt dem entgegen, dass die Kirche bereits Kirchensteuer erhalte, was ein Luxus sei, den sonst keine Organisation habe.

Stadtrat Frühwirt

entgegnet, dass man nicht gegen Trägervielfalt sei. Er findet, wessen Name draufsteht, sollte auch substantielle Anteile tragen, egal ob es kirchlich oder privat veranlasst ist. Dies sei hier nicht der Fall. Die Bürgerschaft glaube, wenn „Katholischer Kindergarten“ darauf stünde, dann zahle auch die Katholische Kirche. Zudem zahle die Kirche als größte Grundstückseignerin im Bundesgebiet keine Grundsteuern.

Stadtrat Krauth

findet es kurzsichtig, nur monetäre Probleme zu sehen, zumal die Kirche sehr wohl Grundsteuern für bspw. Pfarrhäuser zahle.

Stadtrat Dr. Scheurich

merkt auch an, dass die Kirchen reich seien.

Oberbürgermeister Reinwald

bittet, nachdem keine Wortmeldungen mehr erfolgen, um Abstimmung.

Mit 6 Gegenstimmen (Stadträte Lindenbach, Dr. Scheurich, Feuchter, Hassenpflug, Leiner und Frühwirt) ergeht folgender

### **Beschluss (Kennwort: Kirchen)**

Die Bezuschussung des Betriebskostendefizits für die römisch-katholische Kirchengemeinde Leimen – Nußloch – Sandhausen wird ab dem 01.01.2019 von 91,5 Prozent auf 93 Prozent erhöht.

#### **5. Gemeinderat**

81/2018

Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.

**6. Zuwendungen**

82/2018

Beschlussfassung über die Annahme von Zuwendungen  
nach § 78 Abs. IV GemO

Oberbürgermeister Reinwald  
erläutert die Gremienvorlage.

Er bittet um Wortmeldungen. Nachdem daraufhin keine Wortmeldungen erfolgen, bittet er um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Zuwendungen)**

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen, oder auf Wunsch von Zuwendungsbestätigungen beauftragt.

**7. Asylbewerber und Flüchtlinge**

83/2018

Sachstandsberichte der Flüchtlingsbeauftragten und der Integrationsmanager

Oberbürgermeister Reinwald

schildert kurz den Sachverhalt und begrüßt die Referenten Frau Birgit Zeitler, Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Leimen, und die Integrationsmanager der Stadt Leimen, Herrn Philipp Diebold, Frau Johanna Hettler, Frau Panja Küpper und Herrn Michael Tutte.

Er bittet Frau Zeitler zu Wort.

Frau Zeitler

berichtet anhand einer Präsentation (*Anlage 1 – „Kurzbericht“*) und erläutert die Kosten für die Kommune.

Sie übergibt das Wort an die Integrationsmanager der Stadt Leimen.

Oberbürgermeister Reinwald

bedankt sich für ihre Ausführungen.

Herr Tutte

stellt das Team der Integrationsmanager der Stadt Leimen vor und gibt einen Überblick über die bevorstehende Präsentation zur Erläuterung ihrer Tätigkeit (*Anlage 2 – „Integrationsmanagement“*).

Herr Diebold

beschreibt das Tätigkeitsfeld eines Integrationsmanagers näher (*siehe Anlage 2*).

Frau Hettler

führt ein kurzes Rollenspiel vor, um die Problematiken der Flüchtlinge im Einzelfall und die Fragen, die in einer Beratung aufkommen, darzustellen.

Herr Tutte

stellt die Herausforderungen des Berufes dar (*siehe Anlage 2*).

Frau Küpper

berichtet über positive Entwicklungen (*siehe Anlage 2*).

Es sei ein Weg der kleinen Schritte. Die Vernetzung zu Kollegen aus umliegenden Gemeinden funktioniere gut. Ziel der Arbeit sei die Selbstständigkeit der Flüchtlinge.

Oberbürgermeister Reinwald bedankt sich für die Berichte und den Einblick in diese segensreiche Tätigkeit. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Appel bedankt sich für die Ausführungen. Er schätze die Arbeit der Integrationsmanager sehr. Er fragt nach den Ursachen für die Beschädigungen in den Flüchtlingsunterkünften und findet, dass die Schädiger zur Kasse gebeten werden müssten.

Stadtrat Unverfehrt bedankt sich ebenso und möchte wissen, um welchen „Status“ es geht.

Frau Zeitler stellt klar, dass hier nur der Status des Flüchtlings besprochen werde. Asylanten gäbe es derzeit in Leimen fünf Personen, die jedoch mit den Flüchtlingen nichts zu tun hätten.

Stadtrat Dr. Sandner schätzt die Arbeit der Integrationsmanager als schwere Arbeit ein, da die Aufklärung der Flüchtlinge alles andere als leicht sein dürfte. Er schließt sich den Dankesworten der Vorredner an und bedankt sich für deren Ausführungen. Er wünsche Erfolg für die zukünftige Arbeit, da Nachbesserungsarbeiten weniger werden dürften umso mehr Integration funktioniere.

Stadtrat Frühwirt schließt sich seinen Vorrednern an. Er schätze die Arbeit der Integrationsmanager sehr und wünsche weiterhin viel Erfolg dabei.

Stadtrat Woesch hebt auch die Wichtigkeit dieser Arbeit hervor und wünsche weiterhin viel Erfolg.

Stadtrat Feuchter schließt sich den Dankesworten an und fragt nach Möglichkeiten des Spracherwerbs für Flüchtlinge.

Frau Zeitler beantwortet die aufkommenden Fragen. Regressforderungen gegenüber Flüchtlingen werden nicht fallen gelassen, sind aber schwierig umzusetzen. Die VHS „Südliche Bergstraße“ bietet Sprachkurse an.

Stadtrat Dr. Anselmann möchte wissen, ob die Anzahl der Personen, die durch den Familiennachzug folgen, planbar ist und ob man Einfluss auf private Zuzüge hat.

Frau Zeitler merkt an, dass Leimen auch durch seine Nähe zu Heidelberg sehr attraktiv sei und daher auch viele Personen nach Leimen wollen würden. Die Einflussnahme auf private Zuzüge sei abhängig vom Status. Der Familiennachzug sei wenig planbar. Im Vergleich mit anderen Gemeinden sei Leimen weitestgehend vom Familiennachzug verschont geblieben.



Oberbürgermeister Reinwald bedankt sich bei den Referenten für ihren Bericht. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Asylbewerber und Flüchtlinge)**

Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

*Die Referenten verlassen um 19.43 Uhr den Sitzungssaal.*

**8. Tiefgarage / Baumaßnahmen** 84/2018  
Tiefgarage und Bebauung Rathausplatz – weiteres Vorgehen

Oberbürgermeister Reinwald erläutert die Gremienvorlage und betont, dass es nicht um Details gehe, sondern es sich um eine Grundsatzentscheidung handle. Es gehe nicht um Eigentumsverhältnisse und ähnliche Fragen. Er betont, dass sich der Runde Tisch mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen habe. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Dr. Sandner

sagt, dass die SPD-Fraktion zustimme. Sie sei für den Bau der Tiefgarage und eines Stadthauses und einer dementsprechenden Abstimmung dieser Vorhaben.

Wem das später gehören soll sei heute noch nicht zu lösen. Die Fraktion stimme der Bebauung des Rathausplatzes, der Tiefgarage, dem Abriss des Musikpavillions und dem damit einhergehenden Ausschreibungsverfahren zu.

Stadtrat Appel

schließt sich dem an. Jedoch sei eine Ersatzunterkunft für die Musikschule noch zu finden. Die Fraktion der CDU stimme zu.

Stadtrat Frühwirt

beantragt die getrennte Abstimmung des Punktes 2, da die GALL-Fraktion nur diesem zustimmen könne. Die anderen Punkte seien so für die Fraktion nicht tragbar. Gründe dafür seien unter anderem, dass die Stellplatzanzahl nicht geklärt sei. Vorhandene Tiefgaragen seien noch nicht einmal ausgelastet. In der Georgi-Tiefgarage seien stets freie Stellplätze vorhanden, was eine Überprüfung zu verschiedenen Tageszeiten und an verschiedenen Wochentagen ergeben habe. Daher sei fraglich, wie die KE in ihrer Studie für die Innenstadt auf einen künftigen Bedarf von 200 Stellplätzen komme. Die GALL sei zu dem Ergebnis gekommen, dass Autofahrer nicht in Tiefgaragen führen, wenn es Alternativen gäbe, sodass sich der Parkdruck in den Anwohnerstraßen um den Stadtkern weiter erhöhen würde, wobei die Tiefgaragen leer stünden. Günstigere und bessere Alternativen, wie beispielsweise ein Parkplatz am Schwimmbad mit Einsatz eines Shuttlebuses in den Stadtkern, seien nicht geprüft worden. Daher könne die GALL den Beschluss so, wie er vorliegt, nicht tragen, zumal freistehende Parkplätze auch wesentlich kostengünstiger seien.

Oberbürgermeister Reinwald

fragt nach Einwänden gegen den Antrag. Solche werden nicht erhoben.

Stadtrat Woesch

sehe keinen Grund, der Empfehlung des Runden Tisches nicht zu folgen. Es sei ein Grundsatzbeschluss zu treffen. Den Planern solle dabei freie Hand gelassen werden. Die Finanzierung werde aber schwierig werden, weshalb mehrere Schritte nötig seien. Er stimme im Namen seiner Fraktion in allen Punkten der Vorlage zu.

Stadtrat Feuchter

kritisiert den Wortlaut des Beschlussvorschlags und beantragt, Nr. 1 und Nr. 2 zu verbinden.

Oberbürgermeister Reinwald

fragt nach Einwänden gegen den Antrag. Dem Antrag werden keine Einwände entgegen gebracht.

Stadtrat Feuchter

zieht seinen Antrag auf getrennte Abstimmung zurück und stimmt Stadtrat Feuchter zu.

Oberbürgermeister Reinwald

bittet um Abstimmung.

Mit 6 Gegenstimmen (Stadträte Frühwirt, Agena, Hassenpflug, Leiner, Reinig und Krauth) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Tiefgarage/Baumaßnahmen)**

1. Dem Bau einer Tiefgarage verbunden mit dem Bau eines Stadthauses analog der Machbarkeitsstudie wird zugestimmt.
2. Der Bau eines Gebäudes als Alternative zum „Musikschulpavillon“ ist vorzusehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt das notwendige Ausschreibungsverfahren vorzubereiten.

Oberbürgermeister Reinwald

schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 9 und 10 gemeinsam zu behandeln. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

**9. Haushalt**

85/2018

Vorstellung der Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht 2017

Oberbürgermeister Reinwald

schildert den Sachverhalt und erteilt das Wort Stadtoberverwaltungsrat Bernd Veith, Kämmerer der Stadt Leimen.

Stadtoberverwaltungsrat Veith

stellt die Jahresrechnung mit dem Rechenschaftsbericht 2017 vor.

Einzelne Zahlen des Gemeindehaushalts werden anhand einer Präsentation erörtert (siehe Anlage 3 – „Jahresrechnung 2017“). Er beantwortet anschließend Fragen dazu.

Oberbürgermeister Reinwald

bedankt sich für die Ausführungen und dankt auch den Mitarbeitern der Kämmererei für die Ausarbeitung. Er bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Haushalt)**

Die Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht 2017 wird gemäß dem Beschlussvorschlag auf den Seiten 172 und 173 des Rechenschaftsberichts festgestellt.

**10. Rechnungsprüfungsamt**

86/2018

Vorstellung des Schlussberichts 2017

Oberbürgermeister Reinwald  
erläutert kurz den Sachverhalt und bittet Stadtoberamtsrat Dieter Heinzmann,  
Rechnungsprüfungsamt der Stadt Leimen, zu Wort.

Stadtoberamtsrat Heinzmann

stellt den Schlussbericht 2017 des Rechnungsprüfungsamtes vor.

Er lobt die Verwaltung in vielen Bereichen für die hervorragenden Zahlen aus 2017, weist aber auch auf viele Sonderfaktoren hin. Die Zuführungsrate betrage 11,28 Mio. €. Die allgemeine Rücklage sei auf mehr als 8 Mio. € angestiegen, doch angesichts der bevorstehenden Investitionen werde diese Rücklage angesichts der geplanten Zahlen für 2019 und der Investitionsplanung für die weiteren Jahre dringend benötigt. Die Schulden der Kernverwaltung seien gesunken, die der Eigenbetriebe gestiegen. Die Nettoinvestitionsrate sei sehr hoch.

Sonderfaktoren seien die Gewerbesteuer und die hohen Zuweisungen und Zuschüsse von Land und Bund. Die Kasseneinnahmereste lägen bei 1,61%, was ein hervorragendes Ergebnis darstelle. Alles sei rechtmäßig und es gäbe wenig zu beanstanden. Im Haushalt gäbe es allerdings zu hohe Ansätze. Im Einzelbereich „Miete/Betriebskosten“ gäbe es Verbesserungsbedarf.

Oberbürgermeister Reinwald

bedankt sich für den Bericht und merkt an, dass er sich sehr über das positive Ergebnis des Berichts freue.

Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Bader

stellt fest, dass der Rechenschaftsbericht ein erfreuliches Ergebnis aufweist, was auch an der guten konjunkturellen Lage läge. Es seien mehrere Spitzenwerte, welche er in seiner 30-jährigen Tätigkeit als Stadtrat noch nicht gesehen habe.

Die geplante Kreditaufnahme von 4,5 Mio. € konnte auf 1,5 Mio. € reduziert werden und die Rücklagen auf über 8 Mio. € aufgebaut werden, was ein Zugriff für nötige Finanzierungsausgleiche erlaube. Die verringerte Verschuldung dürfte hinsichtlich der geplanten Investitionsvorhaben in den Folgejahren eine Momentaufnahme sein, es würden auch sicherlich wieder schwächere Jahre kommen. Der Verwaltungshaushalt sei in den Planungen bei den Einnahmen niedrig und bei den Ausgaben hoch angesetzt. Zu hohe Ansätze machten eine Analyse schwer. Er wünsche sich eine Analyse zu diesen Entwicklungen.

Insgesamt handele es sich um ein hervorragendes Wirtschaftsjahr. Er dankt der Kämmerei für ihre Ausführungen. Die CDU-Fraktion stimme der Feststellung der Jahresrechnung 2017 zu.

*(Siehe Anlage 4 – Redebeitrag Stadtrat Bader)*

Stadtrat Dr. Sandner

betont, dass die Jahresrechnung etwas Gutes aufzeige. Man fände auch das frühe Vorliegen des Berichts vor der Haushaltsberatung zu 2019 erfreulich. Die Einnahmen im Vermögenshaushalt seien kräftig gesteigert worden, aber auch die Ausgaben, hauptsächlich wegen den Personalkosten im Bereich der Kinderbetreuung. Die Baumaßnahmen aus dem Vermögenshaushalt seien nicht ganz realisiert worden. Kredite seien sogar zurückgefahren worden. Dies würde jedoch in der 10-Jahres-Planung relativiert, denn angesichts der geplanten Baumaßnahmen würden wohl neue Kredite aufgenommen werden müssen. Es sei sorgfältig abzuwägen, was für Investitionen man sich leisten könne. Die Schulden der Stadt Leimen in Höhe von 80 Mio. €, also Schulden von 2.900 € pro Einwohner, lägen über dem Landesdurchschnitt. Er hoffe, dass Skontoverluste in der Verwaltung zukünftig nicht mehr vorkommen. Er dankt der Kämmerei und dem Rechnungsprüfungsamt für die Ausführungen und das frühzeitige Vorliegen der Rechnungen und ebenfalls den Mitarbeitern der Verwaltung. Die SPD-Fraktion stimme zu.

*(Siehe Anlage 5 – Redebeitrag Stadtrat Dr. Sandner)*

Stadtrat Frühwirt

schließt sich seinen Vorrednern an. Er freue sich über die positiven Zahlen und das tolle Ergebnis. Die Ausgabensituation solle dennoch nicht aus den Augen verloren werden. Bei den Schulden handle es sich um zwei unterschiedliche Zahlen. Die TBL-Kostenentwicklung sei zu beobachten. Er mahnt die Stadtverwaltung an, zunächst die Gemeinderatsbeschlüsse einzuholen um den Gemeinderat nicht in eine Zwangsstellung zu drängen, da kein Entscheidungsspielraum mehr bliebe. Es seien die besten und nicht die naheliegensten Lösungen zu finden.

Stadtrat Woesch

dankt ebenfalls den Vortragenden und der Verwaltung. Er sei froh über das vorliegende Ergebnis trotz den Vorbehalten für die Zukunft. Eine vorsichtige Haushaltsführung und die hervorragende Konjunktur hätten dieses Ergebnis ermöglicht. Dieses werde bei der Fülle der geplanten Maßnahmen in 2019 notwendig werden. Im Moment könne man aber kurz darüber glücklich sein bis zum Haushaltsentwurf 2019.

Stadtrat Feuchter

beklagt die hohe Pro-Kopf-Verschuldung in Leimen von ca. 3.000 €. Sie sei gestiegen, was er für bedenklich halte. Es sei nicht geschafft worden, die Gewerbesteuererinnahmen zu erhöhen, obwohl dies beabsichtigt gewesen sei. Bedenklich sei auch, dass man diesbezüglich bei den Planansätzen für 2019 unter 8 Mio. € geblieben sei. Die Fraktion der FDP stimme dem Rechenschaftsbericht zu.

Bürgermeisterin Felden

weist auf den Rechenschaftsbericht Seite 78 hin bezüglich der Bestattungsgebühren. Die Ausgaben seien stabil, die Einnahmen seien schwankend. Dies läge jedoch an Schwankungen in der Bevölkerung.

Oberbürgermeister Reinwald

betont den erfreulichen Effekt. Man solle kritisch nach vorne schauen, aber man könne nun einen Hauch Optimismus wagen. Er bittet um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Rechnungsprüfungsamt)**

Von dem Schlussbericht 2017 des Rechnungsprüfungsamtes wird Kenntnis genommen.

**11. Haushalt** 87/2018  
Vorstellung des Haushaltsentwurfs 2019

Oberbürgermeister Reinwald stellt den Sachverhalt kurz dar und erteilt Bürgermeisterin Claudia Felden das Wort.

Bürgermeisterin Felden stellt die Haushaltsplanung 2019 frühzeitig im Oktober vor, damit die Bürgerschaft auch darüber diskutieren könne. Sie geht auf wesentliche Eckdaten ein (*siehe Anlage 6 – „Eckdaten“*).

Bürgermeisterin Felden gibt die Frist zur Einsicht in den Haushaltsplanentwurf 2019 bekannt. Der Haushaltsplanentwurf liegt zur Einsicht vom 29.10.2018 bis zum 12.11.2018 im Neuen Verwaltungsgebäude aus.

Nachdem keine Wortmeldungen dazu vorliegen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um Zustimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Haushalt)**

Der aktuelle Haushaltsentwurf wird zur Kenntnis genommen.

**12. Straßensondernutzung** 88/2018  
Neufassung des Gebührenverzeichnisses

Oberbürgermeister Reinwald erläutert die Vorlage und weist auf eine Abänderung hin. Punkt 10 „Sondernutzung durch Infostände“ wird gestrichen. Deklaratorisch merkt er zu Punkt 5 „Sondernutzung durch Plakattafeln“ an, dass Plakate in Wahlkampfzeiten 3 Monate vor und bis zu 1 Woche nach der Wahl kostenfrei seien. Er bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Frühwirt freut sich, dass seiner Anregung diesbezüglich nachgekommen worden sei.

Oberbürgermeister Reinwald bittet um Abstimmung, nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen.

Mit einer Enthaltung (Stadtrat Appel) ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Straßensondernutzung)**

Der Tatbestand Punkt 10 des Gebührenverzeichnisses „Sondernutzung durch Infostände“ wird gestrichen. Dem Gebührenverzeichnis zur Sondernutzungssatzung wird zugestimmt.

**13. Hochwasserschutzkonzeption Leimbach/Hardt bach**  
Planfeststellungsverfahren für Maßnahme 4, Stellungnahme

89/2018

Oberbürgermeister Reinwald  
erläutert die Gremienvorlage und bittet um Wortmeldungen.

Stadtrat Stern  
hat begriffliche und sachliche Fragen zu den Punkten 3, 11 und 15.  
Er weist darauf hin, dass der Text bei Punkt 13 unvollständig ist.

Stadtoberamtsrat Gora  
beantwortet die Fragen dazu.

Stadtrat Stern  
merkt an, dass die Fraktion der CDU unter der Voraussetzung der Abänderung der  
genannten Punkte zustimmen werde.

Stadtrat Feuchter  
möchte wissen, wer sich um die Klärung der Eigentumsverhältnisse kümmert.

Oberbürgermeister Reinwald  
antwortet, dass sich das Grundbuchamt um die Klärung der Eigentumsverhältnisse  
kümmere, da dies eine staatliche Landesaufgabe sei. Das Land werde sich darum  
kümmern müssen.  
Nachdem keine weiteren Wortmeldungen folgen, bittet Oberbürgermeister Reinwald um  
Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Hochwasserschutzkonzeption Leimbach/Hardt bach)**

Der Stellungnahme der Verwaltung wird zugestimmt.

**14. Personalangelegenheiten** 90/2018  
Erlass einer Satzung über die Gewährung eines Zuschusses zur PKV

Oberbürgermeister Reinwald  
schildert den Sachverhalt und bittet um Wortmeldungen.

Stadträtin Hassenpflug  
möchte wissen, ob die Satzung wirklich nur zwei Beamte betrifft.

Stadtoberverwaltungsrat Ralf Berggold  
, Hauptamtsleiter der Stadt Leimen, bejaht dies.

Oberbürgermeister Reinwald  
fragt nach Gegenstimmen oder Enthaltungen. Solche werden nicht erhoben.

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss**  
**(Kennwort: Personalangelegenheiten)**

1. Der Gewährung von Beihilfe nach den beihilferechtlichen Vorschriften des Landes durch einen Zuschuss zur privaten Krankenversicherung (PKV) für Beamte des feuerwehrtechnischen Einsatzdienstes wird zugestimmt.
2. Dem Erlass der Satzung über die Gewährung von Zuschüssen zur PKV mit Festlegung der Zuschüsse in Höhe von 90 € bzw. maximal 50% des steuerrechtlich anerkannten Vorsorgeaufwands im gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst und 120 € bzw. maximal 55% des steuerrechtlich anerkannten Vorsorgeaufwands im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst wird rückwirkend zum 01. Januar 2018 zugestimmt.

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

## 15. Verschiedenes

Oberbürgermeister Reinwald

lädt zur Waldbegehung am 3. November 2018 um 9.00 Uhr und anschließend ab 18.00 Uhr zur Hubertusmesse in der katholischen Kirche in Leimen ein.

Stadtrat Appel

bittet die Verwaltung, den Antrag der CDU-Fraktion vom 18.06.2018 bezüglich der gärtnerischen Pflege der Gräber bzw. Ausweisung solcher Gräber und der einhergehenden Änderung der Friedhofssatzung zu prüfen und eine dementsprechende Gremienvorlage für Dezember 2018 auszuarbeiten.

Stadtrat Lindenbach

bittet das Ordnungsamt, rechtswidrig abgestellte Fahrzeuge auch ordnungsrechtlich zu verfolgen und gegebenenfalls abschleppen zu lassen.

Oberbürgermeister Reinwald

sagt zu, dass man dem nachgehen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Reinwald um 21.35 Uhr die öffentliche Sitzung.

---

Greiner  
Protokollführerin

---

Reinwald  
Oberbürgermeister

Urkundspersonen:

---

Stadtrat Bader

---

Stadträtin Baumann

## Kurzbericht

- Überblick über die Flüchtlingssituation
- Zahlen und Daten
- Kosten (Beispielbilder)
- Arbeit der IntegrationsmanagerInnen



## Situation heute:

Seit 1.4.18 keine vorläufige Unterbringung durch den Kreis mehr in Leimen

- Geringe Fluktuation
- Bessere Planbarkeit

### **Altersstruktur:**

384 Personen ü 18

178 Personen u 18 davon

Kinder bis 3 Jahre 32

Kinder ü 3 bis 6 28 davon sind 23 in Kigas

Verhältnis Männer: Frauen 2/3 zu 1/3

Gesamt Einzelpersonen (Männer und Frauen) 33%

Übernahme der Markgrafenstr. / Hotel

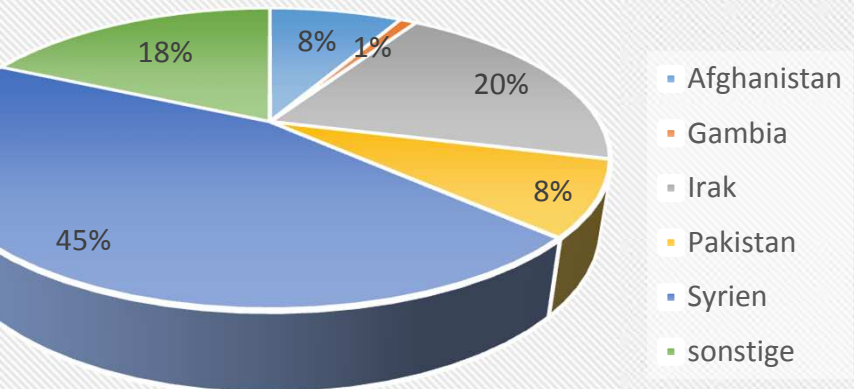
z.Z. 138 Personen

11 Familien (41 Personen)

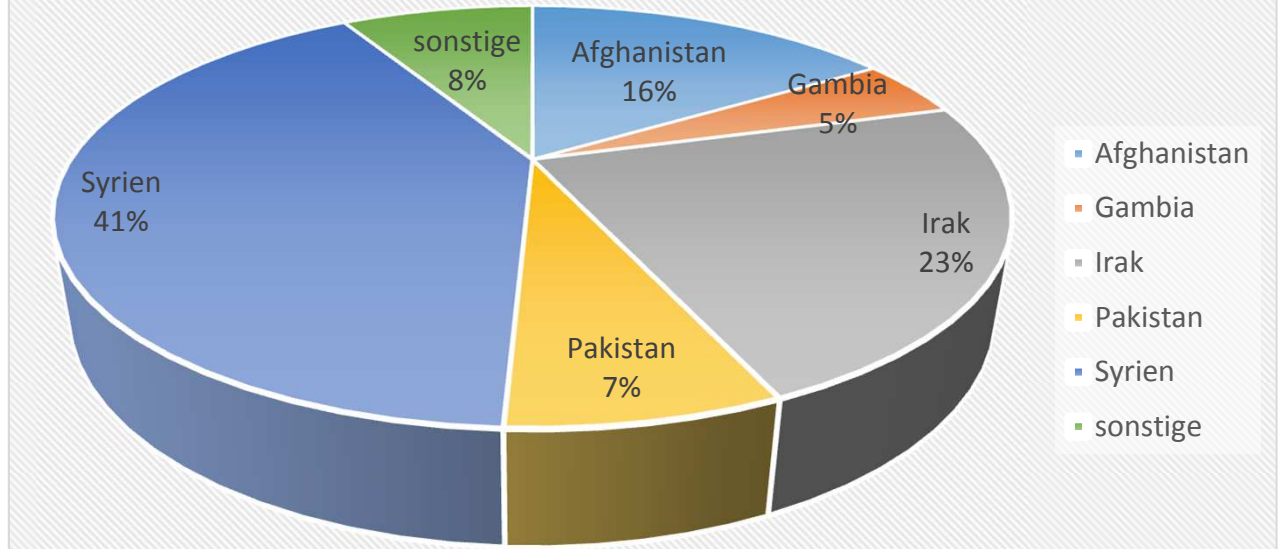
97 Einzelpersonen

# Änderung der Zusammensetzung der Geflüchteten durch Übernahme der Kgrafenstr.

Nationen Anfang 2018

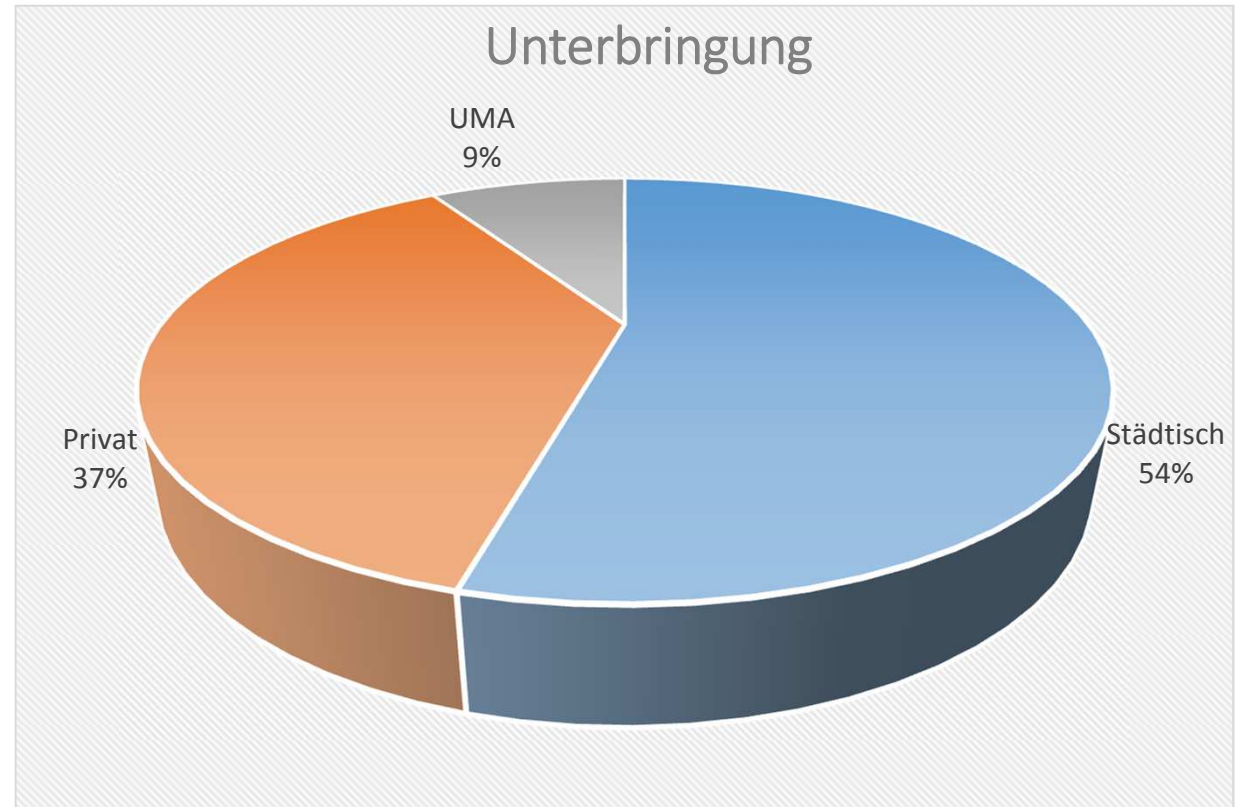


Nationen Ende 2018



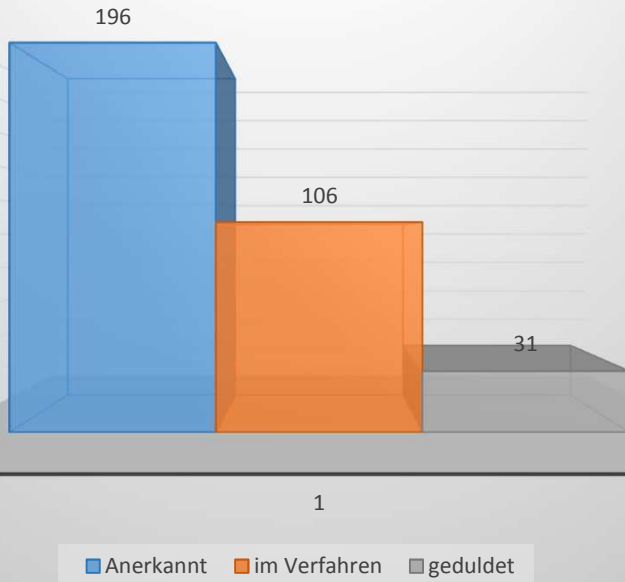
# Unterbringungsart

Unterbringung städtisch:  
3 Personen  
Wohnortzug:  
9 Personen  
begleitete Minderjährige Ausländer:  
10 Personen

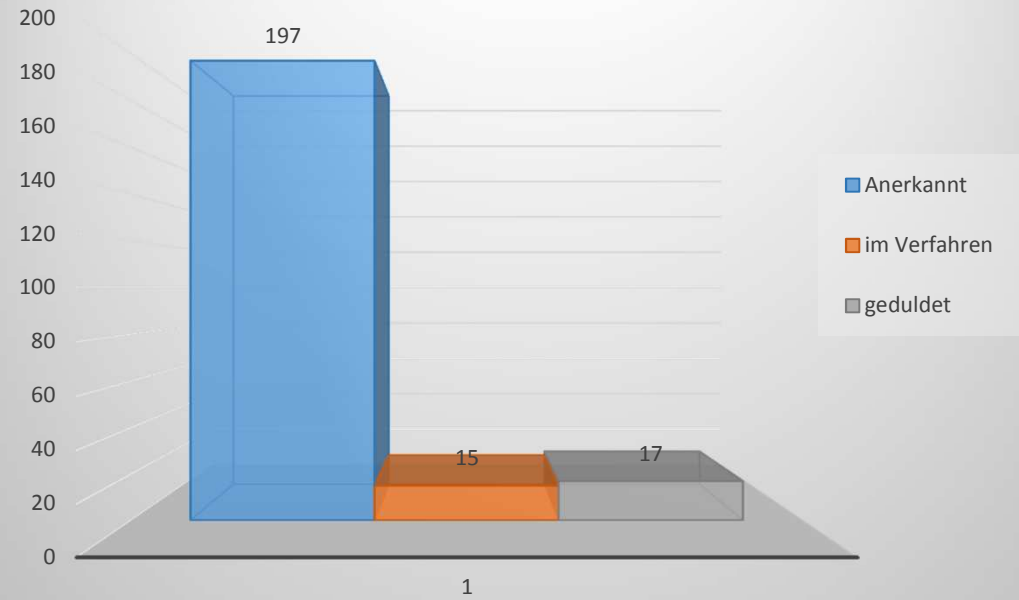


# Nach Aufenthaltsstatus

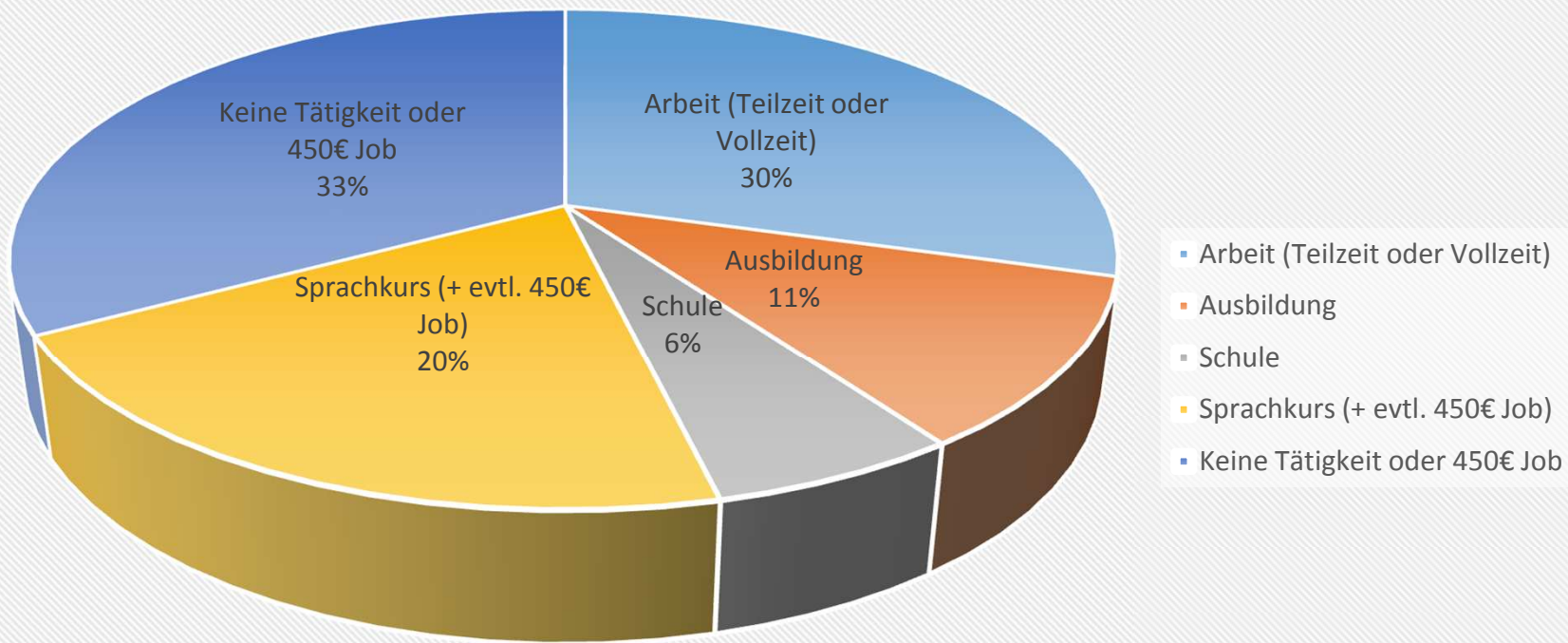
## städtische Unterbringung



## Privater Zuzug



## 166 Geflüchtete über 18 Jahre in Leimen



## Kosten Unterbringung

### 2017

Ausgaben: 579.640€

Einnahmen: 409.691€

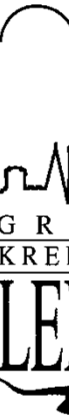
+387.883€ „Kopfpauschale“ pauschal als Unterstützung für die Integrationsarbeit vor Ort

### 2018 bis heute

Ausgaben: 1.353.462€

Einnahmen: 1.060.888€

+400.000€ - 450.000€ „Kopfpauschale“





# Schädlingsbekämpfung



# Müllproblematik





## Schäden: Cerankochfeld gesplittert



## Tür eingetreten



## Schimmelschaden



# Waschmänner 😊 Eigenorganisation





# Integrationsmanagement

Bericht der IntegrationsmanagerInnen Philipp Diebold, Johanna Hettler,  
Michael Tutte und Panja Küpper



# Integrationsmanagement Leimen

- Mörikeweg 1, 69181 St. Ilgen
- Sprechzeiten:
  - Montag: 15:00 – 17:30 Uhr, Markgrafenstr.
  - Dienstag: 14:00 – 18:00 Uhr
  - Donnerstag: 8:30 – 12:00 Uhr



# Gliederung

- **Tätigkeitsbeschreibung**
  - Philipp Diebold
- **Fiktives Beispiel/Fall**
  - Johanna Hettler
- **Herausforderungen**
  - Michael Tutte
- **Erfolge und Ausblick**
  - Panja Küpper

# Tätigkeitsbeschreibung

Philipp Diebold

- **Die Integrationsmanagerinnen und Integrationsmanager fördern den individuellen Integrationsprozess von Flüchtlingen in der Anschlussunterbringung:**
  - Geflüchtete sollen einen Überblick über vorhandene Strukturen und Angebote der Integration und Teilhabe bekommen und diese selbständig nutzen.
  - Soziale Beratung und Begleitung von Geflüchteten.
  - IntegrationsmanagerInnen sollen eine direkte und einzelfallbezogene Sozialbegleitung mit Hilfe eines individuellen Integrationsplanes durchführen.





# Tätigkeitsbeschreibung

Philipp Diebold

- **Aufgaben des Integrationsmanagements:**
  - Feststellung der Bedarfe im persönlichen Gespräch mit dem Geflüchteten
- **Grundlage:**
  - Sondierungsgespräch: personenspezifische Daten werden auf freiwilliger Basis erfasst und konkrete Ziele formuliert (Case Management-Ansatz)
  - Die Ziele sollen im Integrationsplan schriftlich festgehalten, bei weiteren Gesprächen überprüft und bei Bedarf angepasst werden.



# Tätigkeitsbeschreibung

Philipp Diebold

- **Tätigkeiten können sein:**

- **Sozialberatung und –begleitung durch Einzelfallhilfe** zu allen Fragen des alltäglichen Lebens, unter anderem:
  - Vermittlung von Informationen und zuständigen Ansprechpersonen zu den verschiedenen Themen:
  - Spracherwerb, Arbeitsmarktintegration Anerkennung ausländischer Qualifikationen, Bestimmungen des Aufenthaltsrechts, Wohnen, Schule, Bildung, ...
  - Die Sozialberatung geschieht bedarfsorientiert in Form niedrigschwelliger und kultursensibler Beratung.
  - Aufsuchende Beratung
  - Netzwerkarbeit



# Herausforderungen

Michael Tutte

- **Bezahlbarer Wohnraum**

- Erwerbstätige und Arbeitslose befinden sich oft in einer ähnlichen finanziellen Situation
- Nur selten erklären sich private Vermieter bereit dazu, ein Objekt an Geflüchtete zu vermieten
- Langwierige bürokratische Prozesse erschweren Umzug in private Wohnungen

# Herausforderungen

Michael Tutte

- **Leistungen und Anträge stehen oft im Fokus**
  - Erreichbarkeit der Behörden stellt sich teilweise problematisch dar
  - Der bürokratische Prozess erschwert eingeleitete integrationsfördernde Schritte
    - Umzug/Miete
    - Arbeitserlaubnis
  - Datenschutz



# Herausforderungen

Michael Tutte

- Geflüchtete haben oft mehrere kostenpflichtige **Verträge** und wissen selbst nicht, welche Verantwortung sie mit einer Unterschrift unter einem Vertrag übernehmen
- Geflüchtete haben teilweise falsche **Vorstellungen** und daher hohe **Ansprüche**
- **Gleichberechtigungsprobleme**
- **Psychische Belastungen:** Vergangenheit, Einsamkeit, Trauma, Kriegsverletzungen, Verdrängung, etc.

# Erfolge und Ausblick

Panja Küpper

- **Weg der kleinen Schritte**

- Integration durch Arbeit und Sprache
- Behördengänge, nicht immer ist Begleitung notwendig
- Formularwesen, Anleitung
- Wohnungssuche, keine Wohnungsvermittlung
- Bewerbungen (hilfreich MoBio Landratsamt RNK)
- VERA (Ausbildungsbegleitung – SES Bonn, Stiftung der Dt. Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit)



# Erfolge und Ausblick

Panja Küpper

- **Vernetzung**

- Zusammenarbeit mit Integrationsmanagern aus umliegenden Orten  
Nussloch, Wiesloch, St Leon Rot, Sandhausen, Walldorf
- Gemeinsame Austauschtreffen: Schulsozialarbeit in Leimen
- Hand in Hand: Ehrenamt Leimen, Leimen ist bunt e. V.:  
Familienpatenschaften, Unterstützung beim Deutschlernen, Umzugshilfe,  
direkte Bedarfe, gegenseitige Hilfe, auch von Seite IM

# Erfolge und Ausblick

Panja Küpper

- **Ziel: Selbständigkeit**

- Aufklärungsarbeit: Kenntnisse vermitteln in Alltagssituationen wie Vertragswesen, Deutsches Sozialsystem, Mietbedingungen (Kaution, Fristen), Dokumente
- Hilfe nur so viel als nötig. Einfordern von Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Mitwirkung
- Lernprozess: Eigenverantwortlichkeit / Konsequenzen



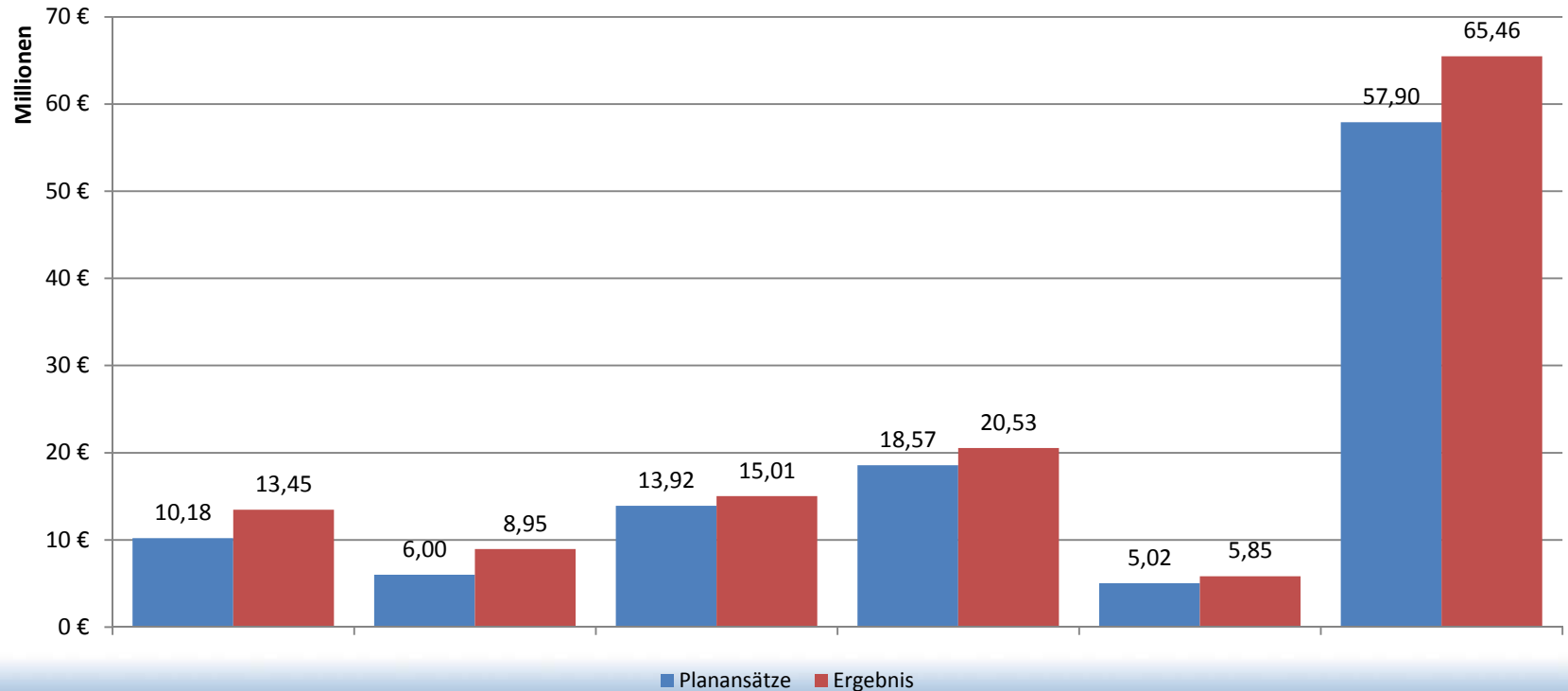
Vielen Dank



# JAHRESRECHNUNG 2017

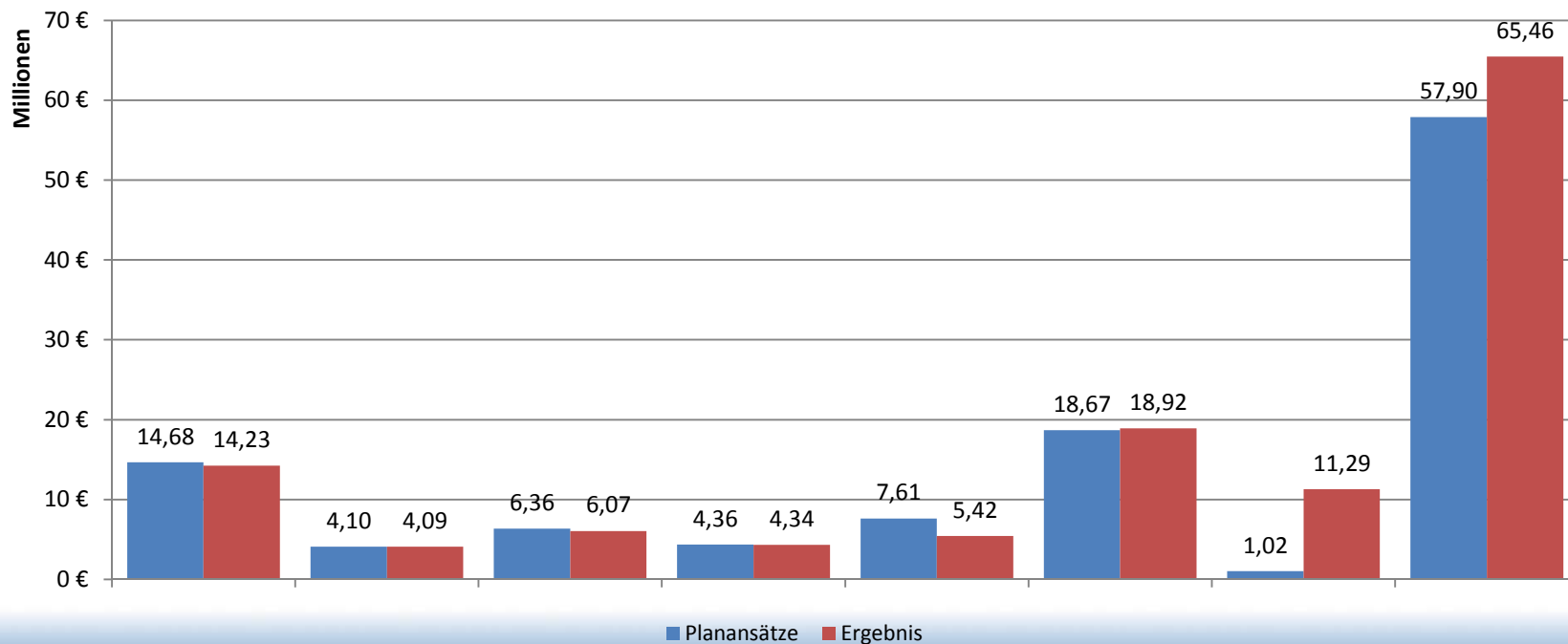
# Einnahmen Verwaltungshaushalt

	Planansätze	Ergebnis	Differenz
Gemeindesteuern	10.184.500 €	13.452.634 €	3.268.134 €
<i>davon Gewerbesteuer</i>	<i>6.000.000 €</i>	<i>8.945.546 €</i>	<i>2.945.546 €</i>
Gde-anteil EkSt. u. Ust	13.923.200 €	15.009.064 €	1.085.864 €
Zuweisungen u. Ausgleichsleistungen	18.568.600 €	20.530.954 €	1.962.354 €
Gebühren u. ähnliche Entgelte	3.219.100 €	3.330.861 €	111.761 €
Zuweisungen u. Zuschüsse	5.018.600 €	5.846.406 €	827.806 €
Gewinnanteile/Konzessionen	895.100 €	1.110.341 €	215.241 €
Übrige Einnahmen, Mieten, etc.	1.729.750 €	1.840.327 €	110.577 €
Innere Verrechn. u. kalk. Kosten	4.357.200 €	4.340.859 €	-16.342 €
<b>Summe Einnahmen VWH</b>	<b>57.896.050 €</b>	<b>65.461.445 €</b>	<b>7.565.395 €</b>



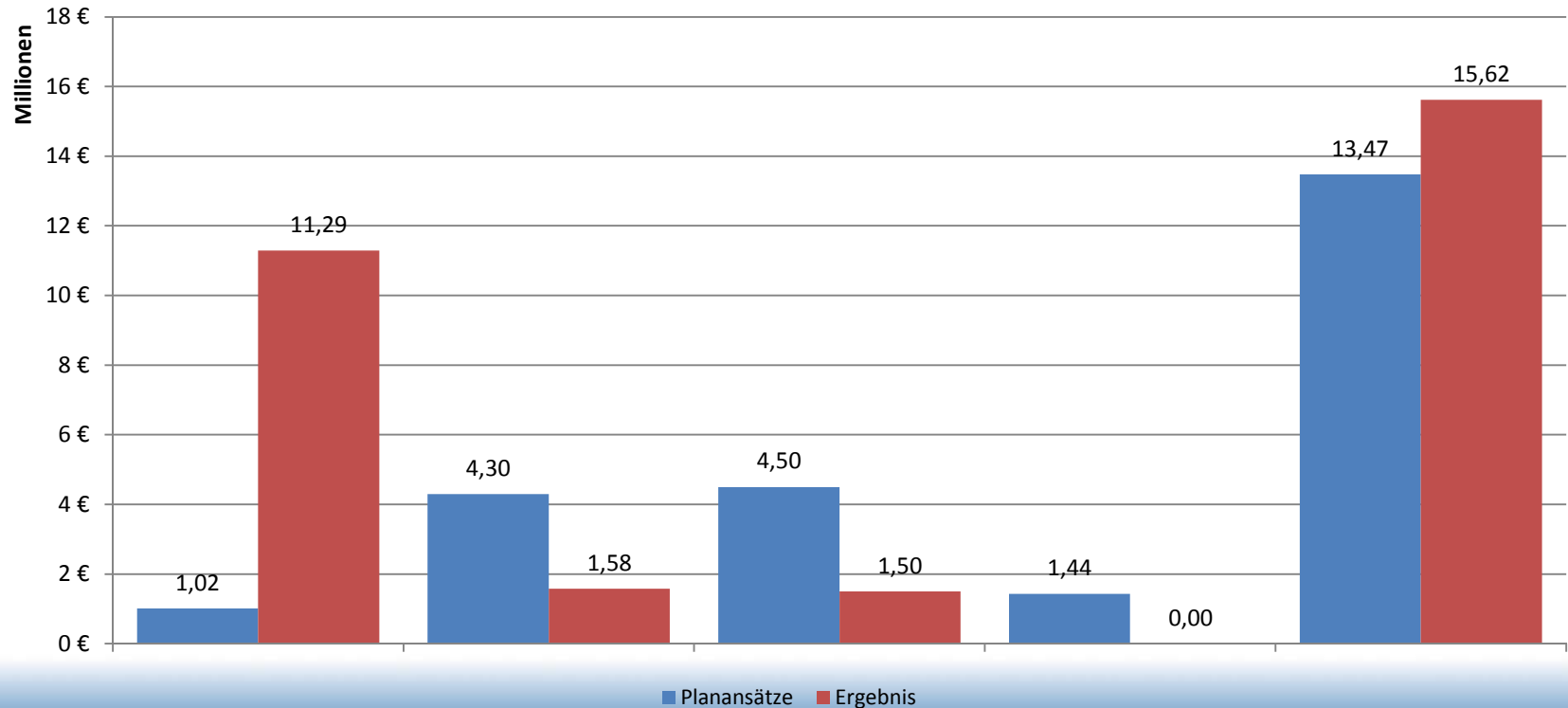
# Ausgaben Verwaltungshaushalt

	Planansätze	Ergebnis	Differenz
Personalausgaben	14.676.530 €	14.234.452 €	-442.078 €
Unterhaltung Grdst. u. baul. Anlagen	4.103.000 €	4.093.355 €	-9.645 €
Sonst. Verwaltungs- u. Betriebsausg.	6.360.100 €	6.068.169 €	-291.931 €
Innere Verrechn. u. kalk. Kosten	4.357.200 €	4.340.859 €	-16.342 €
Zuweisungen u. Zuschüsse	7.612.250 €	5.422.830 €	-2.189.420 €
Zinsausgaben	1.078.600 €	1.027.133 €	-51.467 €
Umlagen	18.667.800 €	18.917.078 €	249.278 €
Sonst. Finanzausgaben	20.000 €	71.421 €	51.421 €
Deckungsreserve	5.000 €	0 €	-5.000 €
Zuführung zum VMH	1.015.570 €	11.286.148 €	10.270.578 €
<b>Summe Ausgaben VWH</b>	<b>57.896.050 €</b>	<b>65.461.445 €</b>	<b>7.565.395 €</b>



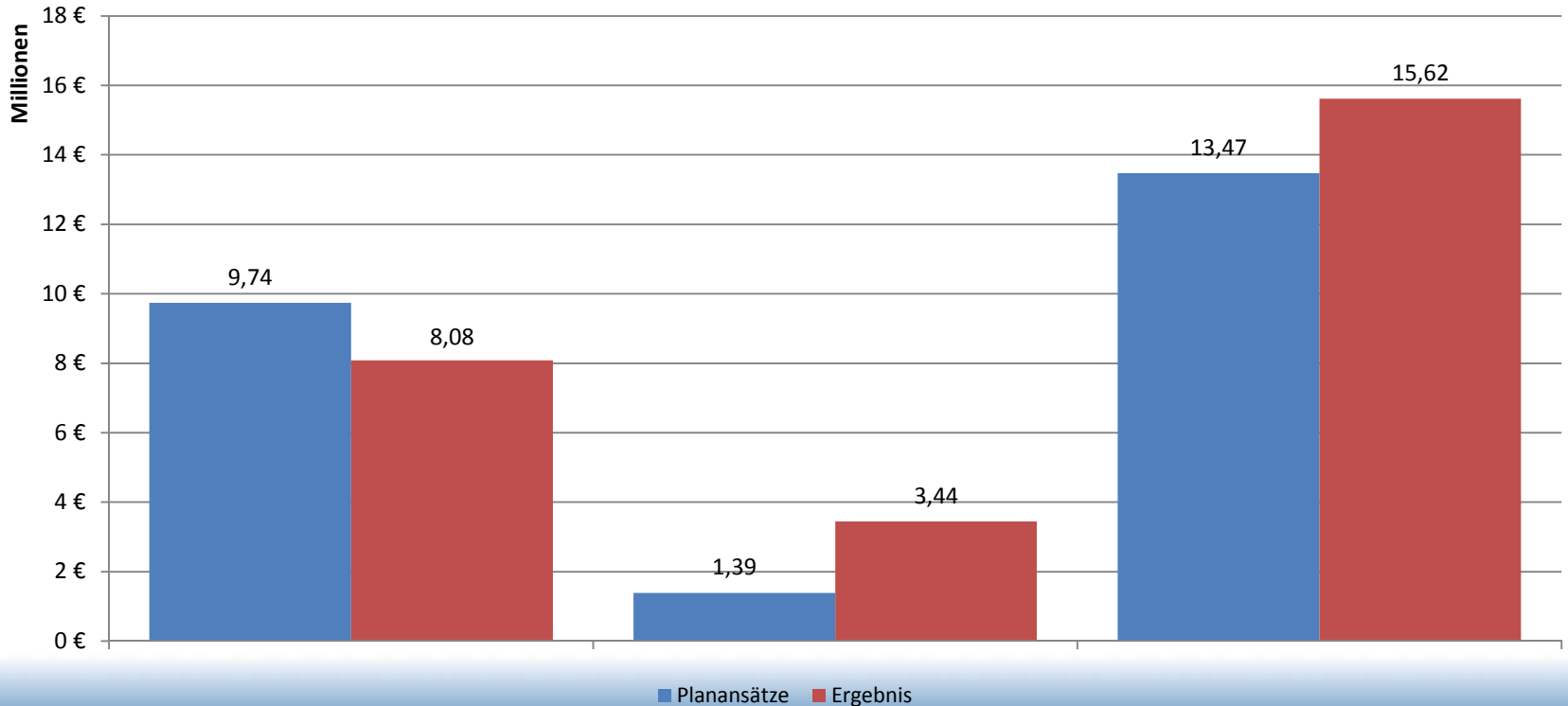
# Einnahmen Vermögenshaushalt

	Planansätze	Ergebnis	Differenz
Zuführung vom VWH	1.015.570 €	11.286.148 €	10.270.578 €
Veräußerungen Anlagevermögen	4.300.000 €	1.577.014 €	-2.722.986 €
Zuweisungen u. Zuschüsse	860.000 €	935.084 €	75.084 €
Einnahmen aus Krediten	4.500.000 €	1.500.000 €	-3.000.000 €
Umschuldungen	1.136.000 €	0 €	-1.136.000 €
Entnahme aus Rücklage	1.435.130 €	0 €	-1.435.130 €
Sonstige Einnahmen VMH	225.000 €	321.053 €	96.053 €
<b>Summe Einnahmen VMH</b>	<b>13.471.700 €</b>	<b>15.619.300 €</b>	<b>2.147.600 €</b>



# Ausgaben des Vermögenshaushalt

	Planansätze	Ergebnis	Differenz
Vermögenserwerb	770.000 €	480.861 €	-289.139 €
Baumaßnahmen	9.737.500 €	8.079.596 €	-1.657.904 €
Tilgungen von Krediten	1.385.500 €	3.442.951 €	2.057.451 €
Umschuldungen	1.136.000 €	0 €	-1.136.000 €
Zuweisungen u. Zuschüsse	408.000 €	202.961 €	-205.039 €
Zuführungen zur Rücklage	34.700 €	3.412.930 €	3.378.230 €
<b>Summe Ausgaben VMH</b>	<b>13.471.700 €</b>	<b>15.619.300 €</b>	<b>2.147.600 €</b>



# Investitionen über 100.000 €



# Georgi-Tiefgarage

1.998.133,72 €

(Haushaltsrest: 1.190.000,00 €)





# Geschwister-Scholl-Schule

1.378.448,84€

(Haushaltsrest: 1.138.000,00 €)





**Neubau  
Verwaltungsgebäude  
1.000.000,00 €**



# Turmschule

555.065,65 €



# Stadtkernsanierung

550.000,00 €





# Kurpfalzhalle

545.383,55 €

(Haushaltsrest: 175.000,00 €)







# Hauptstraße

328.432,24 €

(Haushaltsrest 390.000,00 €)





# Hirtenwiesenstraße

319.429,28 €

(Haushaltsrest 244.000,00 €)



# Kindergartenzuschüsse (St.-Georg-Kindergarten)

300.000,00 €







# Verwaltungsgebäude

299.710,35 €

(Haushaltsrest 476.000,00 €)



# Renaturierung Rösbach

260.000,00 €

(Haushaltsrest 260.000,00 €)





# Otto-Graf-Realschule

172.846,22 €





# Kreisel St.Ilgener/Gewerbegebiet Süd II

153.366,14 €





# Allgem. Grundvermögen

151.850,90 €





# Sportpark / Sporthalle

123.653,94 €





# Allgemein

100.000,00 €

(Haushaltsrest: 185.000,00 €)

# Tilgung von Darlehen

1.303.414,99 €

# Sondertilgung

2.139.536,13 €

# *Umschuldung*

*0,00 €*



## STELLUNGNAHME JAHRESRECHNUNG 2017

Die Jahresrechnung 2017 zeigt – **wie bereits vorgetragen** – ein erfreuliches Ergebnis.

**Positive Eckdaten wie die Höhe der Steuereinnahmen u. Zuweisungen, sowie die daraus resultierende hohe Zuführungsrate sind Spitzenwerte, welche ich in 30 Jahren als Gemeinderat so noch nicht gesehen habe.**

Natürlich profitierten wir in 2017 auch von der guten wirtschaftlichen, konjunkturellen Lage.

Ein weiterer Einfluss auf die hohe Zuführungsrate sicherlich mit dem einmaligen Sondereffekt , dass die geplante Zuführung in den Bäderpark für Verlustausgleich **aus Gründen diversen Abwicklungsvorgängen** entfallen konnte.

In Verbindung mit der hohen Zuführung konnte die geplante hohe Kreditaufnahme von 4,5 Mio. – um anteilig unsere Investitionen zu finanzieren - **auf 1,5 Mio. reduziert werden.**

**[Schwerpunktmäßig wurde für Schulen, Stadtkernsanierung, Georgi-TG, Gemeindestrassen, Wasserläufe und Sport investiert]**

Ein weiterer positiver Effekt ist, dass für die folgenden Haushaltsjahre **die Rücklage auf über 8 Mio. aufgebaut werden konnte**, was für die jeweiligen herausfordernden Investitionshaushalte **ein Zugriff für notwendige Finanzierungsausgleiche erlaubt.**

Dass sich die Verschuldung des städtischen Haushaltes in 2017 um 2,4 Mio. verringert hat und somit die Pro-Kopf-Verschuldung von 1.374 € auf 1.268 € gesunken ist, **dürfte hinsichtlich der herausfordernden Investitionsvorhaben der Folgejahre** nur eine Momentaufnahme sein.

Aus der Jahresrechnung wird ersichtlich, dass Schwerpunkte unserer Ausgaben u.a. in Kinderbetreuung, Schulen, Jugendbetreuung liegen und das ist auch gut so., **weil gut für die Zukunft angelegtes Geld.**

Unsere Feuerwehren und Rettungsdienste wurden mit dem, was sie für ihre Dienste benötigen ebenfalls bestens versorgt versorgt.

Auch was unsere Vereine betrifft, erfahren sie weiterhin Unterstützung durch unser VZP.

Was die Veränderung in Personalausgaben angeht, **verweise ich auf den RP-Bericht Seite 10**, wo es als wichtig angesehen wird, **das vorhandene Organisationsgutachten für die weitere Personalentwicklung zu nutzen.**

**Ebenfalls ein Hinweis aus dem RP-Bericht Seite 23**, sich im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auf nachhaltig wirkende strukturelle Maßnahmen zu konzentrieren.

Diesen Hinweis kann man nur unterstützen, **wir dürfen uns durch das herausragende Jahr 2017 nicht blenden lassen**, es werden sicherlich auch wieder schwächere Jahre kommen.

**Was im RP-Bericht auf den Seiten 16 bis 18 auch angesprochen wird, ist die Einhaltung des Haushaltsplanes = Etatkontrolle.**

Da wird in der aufgeführten Zeitreihe von 2015 bis 2017 – **und auch aus meinen eigenen aus Vorjahren geführten Dateien** - ersichtlich, dass im Verwaltungshaushalt **die Einnahmen** verhältnismäßig niedrig und **die Ausgaben** recht hoch in den Haushaltsplanungen angesetzt werden.

**Was soll da eingehalten werden?**

Ich weiß nicht, was uns das Rechnungsprüfungsamt damit sagen will, aber ich möchte **es aus meiner Sicht** mal so interpretieren:

Bei allem Verständnis, dass man zum Zeitpunkt der Planung keine genauen Basisdaten für Steuereinnahmen und Zuweisungen hat und auch dass man sich für die Festlegung bei Planansätzen gerne „warm anzieht“, sollen Planansätze auch Ihren Sinn in der Analyse der jeweiligen Jahresrechnung haben.

Wenn die Planungsabweichungen zu hoch werden, wird eine Analyse im Sinne von Handlungsabweichungen erschwert.

[Das wollte uns ja auch Prof. Brettschneider im Rahmen unserer Haushaltsklausur.. nahebringen - „wie geht ihr mit der Analyse eurer Jahresrechnung um, wieviel Zeit verwendet ihr dafür im Vergleich zur Haushaltsplanung“?]

Wir erinnern uns alle noch daran!

In den kostenrechnenden, wirtschaftlichen Einrichtungen möchte ich auf zwei Sachverhalte hinweisen:

1. Wohn – u. Geschäftsgebäude -> Kostendeckungsgrad -> **28,8 %**  
D.h., -> Zuschussbedarf -> **266 T€**

Frage: Kann hier Handlungsbedarf bestehen?

## 2. Bestattungswesen: [T€]

<u>Leimen:</u>	IST	IST	IST	PLAN	PLAN
	<u>2015</u>	<u>2016</u>	<u>2017</u>	<u>2018</u>	<u>2019</u>
Einnahmen:	406	325	404	378	386
Ko.Deck. [%]	83,3	71,8	84,0	?	?
Zuschussbedarf:			77		

---

<u>St.Ilgen:</u> [T€]	IST			PLAN	
	<u>2015</u>	<u>2016</u>	<u>2017</u>	<u>2018</u>	<u>2019</u>
Einnahmen:	169	154	123	162	148
Ko.Deck.[%]	70,2	62,7	55,3	?	?
Zuschussbedarf:			100		

---

**Fragen: Wie lässt sich die Entwicklung der Einnahmen 2017 in St.Ilgen erklären? [nochmals genauer hinschauen!]**

**Da stellt sich die Frage:**

Warum versucht man im Bestattungswesen die Kostendeckungsgrade nach oben zu schrauben bzw. zu halten, wenn bei anderen Einrichtungen die Kostendeckungsgrade niedriger u. die Zuschussbedarfe höher sind. [siehe z.B. Wohn u. Geschäftsgebäude etc.]

**Abschließend kann man nochmals sagen, dass wir mit 2017 ein herausragendes Haushaltsjahr gesehen haben.**

Unsere Fraktion bedankt sich bei der Kämmerei und dem Rechnungsprüfungsamt für die Unterlagenerstellung und Prüfungsarbeiten.

**Wir stimmen der Feststellung der Jahresrechnung 2017 zu.**

## **Stellungnahme SPD-Fraktion - Jahresrechnung 2017 Stadt Leimen**

Sehr geehrter Herr OB Reinwald, meine sehr geehrte Damen und Herren,

im November 2016 erwarteten wir bei der Verabschiedung des Haushalts für das 2017 ein schwieriges Jahr. Das zeigten die folgenden im Haushalt veranschlagten Positionen, die so gewählt werden mussten, um den Haushalt auszugleichen. Es konnte nämlich

- nur eine Zuführung zum Vermögenshaushalt von 1 Mio. € eingestellt werden;
- dagegen mussten eine Rücklagenentnahme von 1,5 Mio. €
- und zudem eine Kreditaufnahme von 4,5 Mio. € eingeplant werden.

### **Ergebnis**

Letztlich ist es im Jahr 2017 nicht so schlimm gekommen wie befürchtet. Die Gründe für diesen positiven Haushaltsabschluss liegen darin, dass wir bei der Jahresrechnung zu unserer Freude feststellen können, dass

- die Zuführung zum Vermögenshaushalt auf über 11 Mio. € gesteigert und
- den Rücklagen 3,4 Mio. € zugeführt werden konnte, sowie
- keine Aufnahme von Krediten notwendig war, ja sogar 2,4 Mio. € an Krediten getilgt wurden.

Die sehr erfreuliche Rückführung der Schulden relativiert sich allerdings, da die Rückführung der Schulden nur für den Kernhaushalt der Stadt gilt. Insgesamt hat der Gesamtkonzern „Stadt“ (also mit Eigenbetrieben) immer noch 80 Mio.€ Schulden und mit Schulden von 2.900 € pro Einwohner liegen diese immer noch doppelt so hoch wie der Durchschnitt der vergleichbaren Städte im Land. Damit stehen im Vergleich mit den anderen Städten weiterhin ziemlich weit hinten.

### **Analyse der Jahresrechnung**

Kommen wir zu den Vergleichen von einzelnen Positionen: Einmal zum Vergleich des Rechnungsjahres 2017 mit dem Vorjahr 2016, um Entwicklungen zu sehen, und zum zweiten zum Vergleich der erreichten Istwerte mit den Planansätzen, um die Veranschlagung in zukünftigen Haushaltsplänen weiter zu optimieren.

Die Einnahmen im Verwaltungshaushalt sind um über 6 Mio. € gegenüber den Planansätzen gestiegen. Aus der Gewerbesteuer kamen 2,9 Mio. €, aus den Schlüsselzuweisungen des Landes 1,7 Mio. € und beim Einkommenssteueranteil 1 Mio. € mehr an Einnahmen in die Kasse als geplant. Allerdings müssen wir im Auge behalten, dass bei der Gewerbesteuer ein einmaliger Vorgang, eine Gewerbesteuernachzahlung, das günstige Bild hervorrief – wir also die sehr hohen Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2017 nicht für zukünftige Jahre einplanen können.

Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts stiegen um satte 2 Mio. € gegenüber dem Ergebnis des Vorjahrs 2016. Hier ist vor allem der weitere Anstieg der Personalkosten um 600 T€ gegenüber zu verzeichnen. Der Grund für den Anstieg der Personalkosten liegt – wie schon in den Vorjahren - vor allem im weiteren Ausbau der Kinderbetreuung in den städtischen Einrichtungen. Der Ausbau der Kinderbetreuung macht sich natürlich auch durch die Erhöhung der Zuschüsse an die kirchlichen und freien Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen bemerkbar, die ihr Angebot ausgebaut haben. Hierfür

stiegen aber im Gegenzug auch die Zuweisungen des Landes an.

Die Unterhaltungskosten für das unbewegliche Vermögen sanken, die Bewirtschaftungskosten, Geschäftsausgaben sowie die Beschaffungskosten (Geräte etc.) stiegen gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres an, allerdings signalisieren diese Veränderungen keine dramatischen Entwicklungen, denen entgegengesteuert werden müsste. Bei den Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke gab es einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Hier schlug aber wiederum ein einmaliger Vorgang zu Buche. Die für 2017 eingeplanten Zuschüsse von 1,9 Mio. € zum Betrieb des Bäderparks konnten nicht schon 2017 gebucht werden, sondern durften auf Weisung der Gemeindeprüfungsanstalt erst nach Rechnungslegung des Eigenbetriebs Bäderparks für das Jahr 2017 gebucht werden - und das ist eben erst 2018.

Saldiert wurden somit im Verwaltungshaushalt so viele Mittel erwirtschaftet, dass die oben genannten Zuführungen an den Vermögenshaushalt und an die Rücklagen geleistet und die genannte Schuldenreduktion durchgeführt werden konnte.

Im Vermögenshaushalt wurde der Planansatz um 1,2 Mio. € unterschritten. Grund hierfür sind in erster Linie die Baumaßnahmen, die um fast 1,8 Mio. € niedriger als geplant ausfielen. Hier konnte insbesondere mit der geplanten Erschließung des Gewerbegebiets Süd noch nicht begonnen werden. Auch andere Baumaßnahmen verschoben sich in folgende Jahre. Korrespondierend dazu wurde auch die geplante Kreditaufnahme von 4,5 Mio. € nicht benötigt, ja es konnte sogar eine außerordentliche Tilgung in Höhe von 2,4 Mio. € erfolgen. Es ist auch positiv zu verzeichnen, dass die Nettoinvestitionsrate (NIR) im Vergleich zum Vorjahr nochmals gesteigert werden konnte und jetzt sogar über dem Landesdurchschnitt liegt.

Ein Blick in die 10-Jahres Planung für zeigt aber, dass angesichts der hohen notwendigen Investitionen bald wieder Kreditaufnahmen unausweichlich sein werden – wenn wir im Hinterkopf behalten, dass das diesjährige Ergebnis an zwei Stellen einmalig war, Gewerbesteuer und Verschiebung des Bäderparkzuschusses.

### **Einzelfeststellungen des RPA**

Noch eine kurze Bemerkung zu Einzelfeststellungen des Rechnungsprüfungsamtes, die schon in vergangenen Berichten des Amtes auftauchten. Wir freuen uns, dass die Neukalkulation der allgemeinen Verwaltungsgebühren, auch schon 2016 vom RPA angemahnt wurde, vor kurzem durchgeführt und die neuen Werte vom Gemeinderat beschlossen wurden.

Die Ursachen der Skontoverluste durch lange Bearbeitungszeiten von Rechnungen, auf die das RPA seit längerem hinweist, sollten von der Verwaltung endlich beseitigt werden. Ebenso scheint sich die Abrechnung der Betriebskosten und Nebenkosten der vermieteten Wohnungen, die schon in der Vergangenheit vom RPA als verbesserungsbedürftig bezeichnet worden war, nicht verbessert, sondern sich im Gegenteil weiter verschlechtert zu haben. Auch diese Schwachstelle sollte von der Verwaltung dringend beseitigt werden.

### **Zustimmung und Dank**

Abschließend ist festzuhalten, dass vom RPA keine Beanstandungen der Haushaltsführung aufgeführt worden sind, die einer Feststellung der Jahresrechnung entgegenstehen. Wir nehmen den Rechenschaftsbericht des RPA zur Kenntnis, schließen uns dessen Empfehlung an und stimmen der Feststellung der

Jahresrechnung zu.

Wir danken der Kämmerei und den beteiligten Ämtern für die Erstellung des Rechenschaftsberichtes und der Jahresrechnung, dem RPA für die Prüfungen und den vorgelegten Prüfungsbericht.

Abschließend bedankt sich unsere Fraktion bei allen Mitarbeitern der Stadt für die Arbeit, die sie im Jahr 2017 für die Stadt geleistet haben.

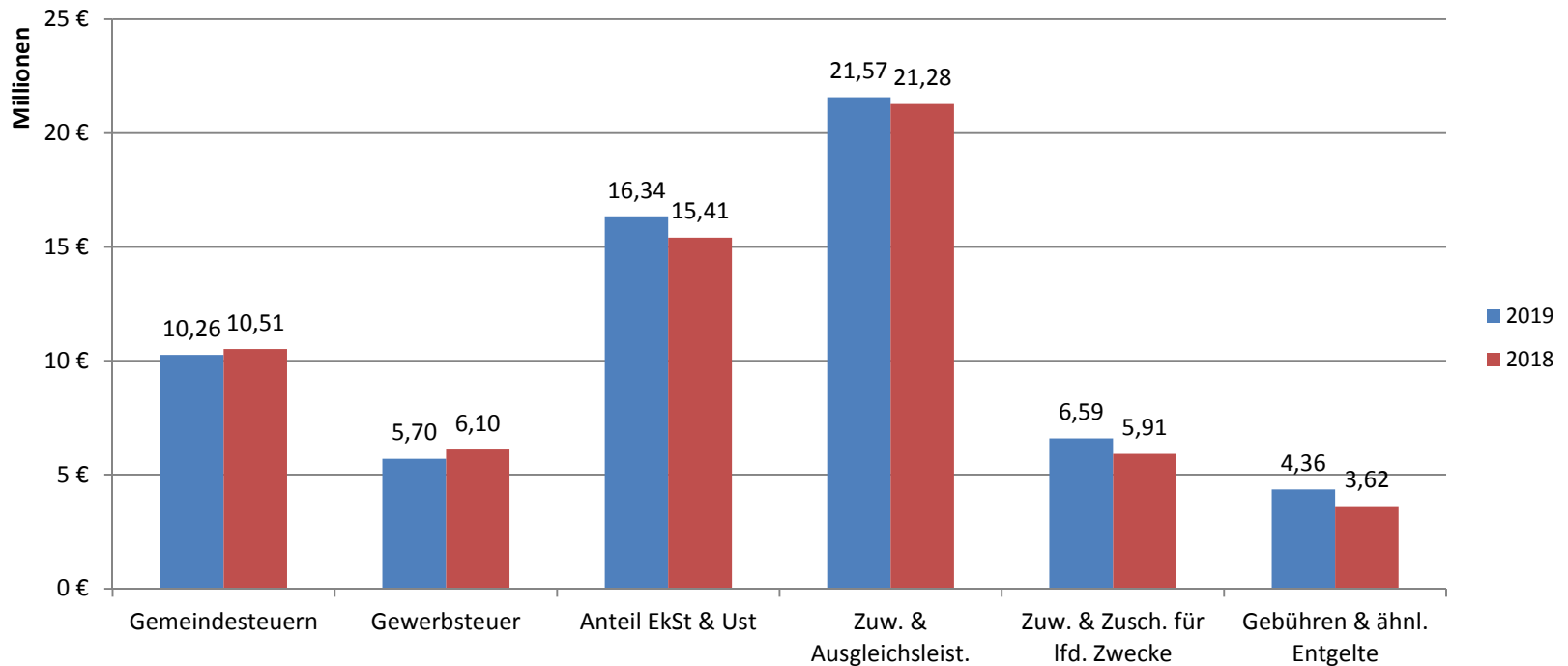
# Eckdaten

Haushalt 2019  
(aktueller Stand)



## EINNAHMEN VERWALTUNGSHAUSHALT

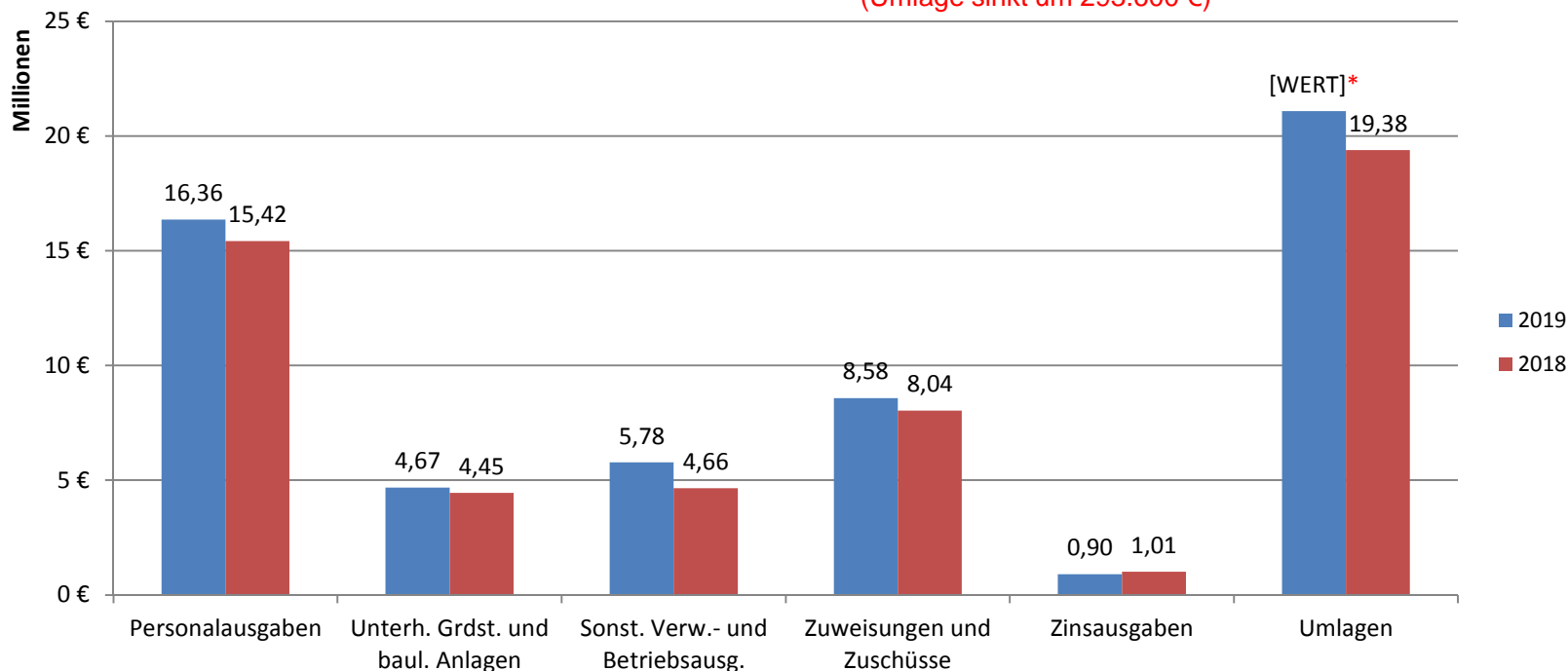
	2019	2018
Gemeindesteuern	10.255.000,00 €	10.513.000,00 €
davon - Gewerbesteuer	5.700.000,00 €	6.100.000,00 €
- Grundsteuer	3.775.000,00 €	3.705.000,00 €
Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	16.339.100,00 €	15.412.000,00 €
Zuweisungen und Ausgleichsleistungen	21.572.600,00 €	21.275.800,00 €
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	6.589.200,00 €	5.914.700,00 €
Gebühren und ähnliche Entgelte	4.360.050,00 €	3.617.500,00 €
sonstige Einnahmen	2.574.100,00 €	1.969.900,00 €
Gewinnanteile / Konzessionen	997.100,00 €	961.600,00 €
Innere Verrechnungen und kalkulatorische Einnahmen	4.347.900,00 €	4.285.900,00 €
<b>Summe Einnahmen VWHH.</b>	<b>67.035.050,00 €</b>	<b>63.950.400,00 €</b>



## AUSGABEN VERWALTUNGSHAUSHALT

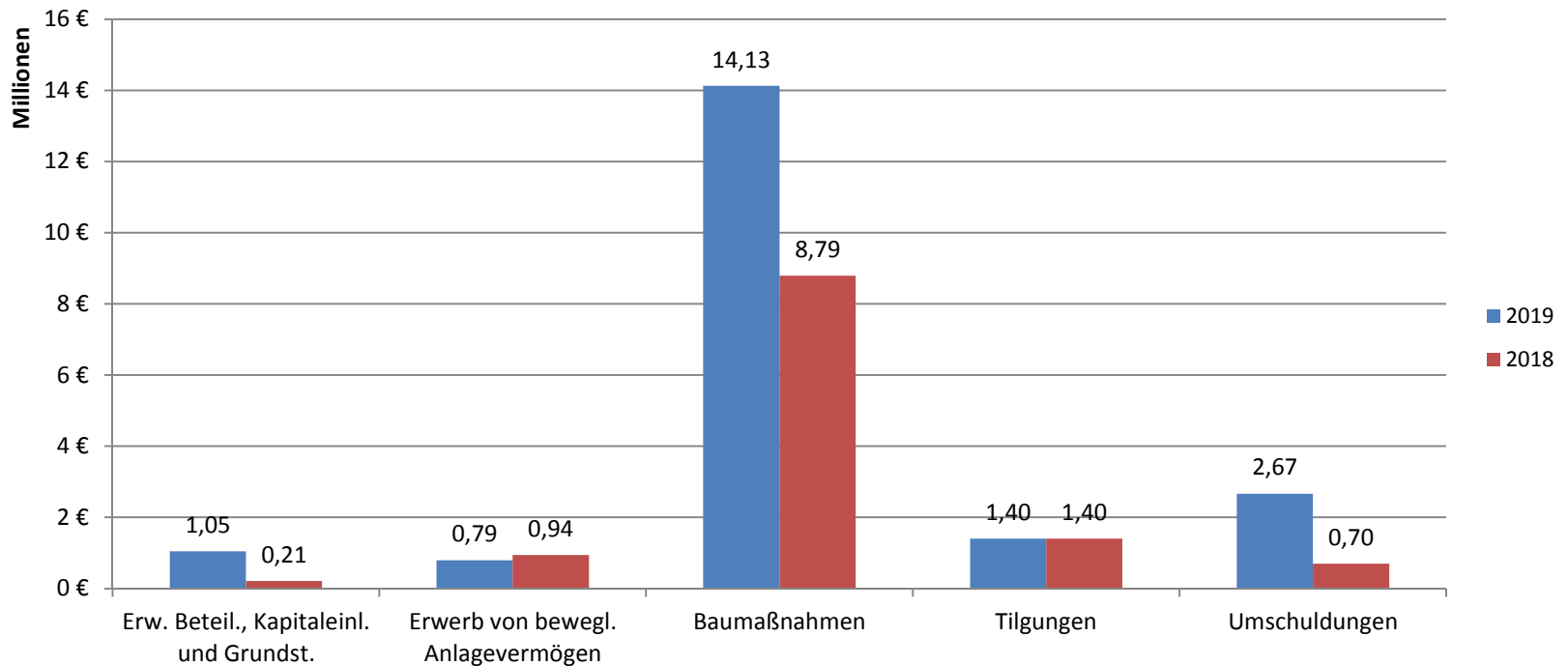
	2019	2018
Personalausgaben	16.355.980,00 €	15.424.830,00 €
Unterhaltung Grdst. und baul. Anlagen	4.673.750,00 €	4.445.450,00 €
Bewirtschaftung der Grundstücke, baul. Anlagen	2.621.300,00 €	2.133.700,00 €
Innere Verrechnungen und kalkulatorische Ausgaben	4.347.900,00 €	4.285.900,00 €
Sonst. Verwaltungs- und Betriebsausgaben	5.782.500,00 €	4.656.300,00 €
Zuweisungen und Zuschüsse	8.582.600,00 €	8.039.250,00 €
Zinsausgaben	899.500,00 €	1.011.750,00 €
Umlagen	21.079.300,00 € *	19.382.800,00 €
weitere Finanzausgaben	37.000,00 €	25.000,00 €
Zuführung an den Vermögenshaushalt	2.655.220,00 €	4.545.420,00 €
<b>Summe Ausgaben VWHH.</b>	<b>67.035.050,00 €</b>	<b>63.950.400,00 €</b>

\* Senkung der Kreisumlage von 29% auf 28,25%  
(Umlage sinkt um 293.600 €)



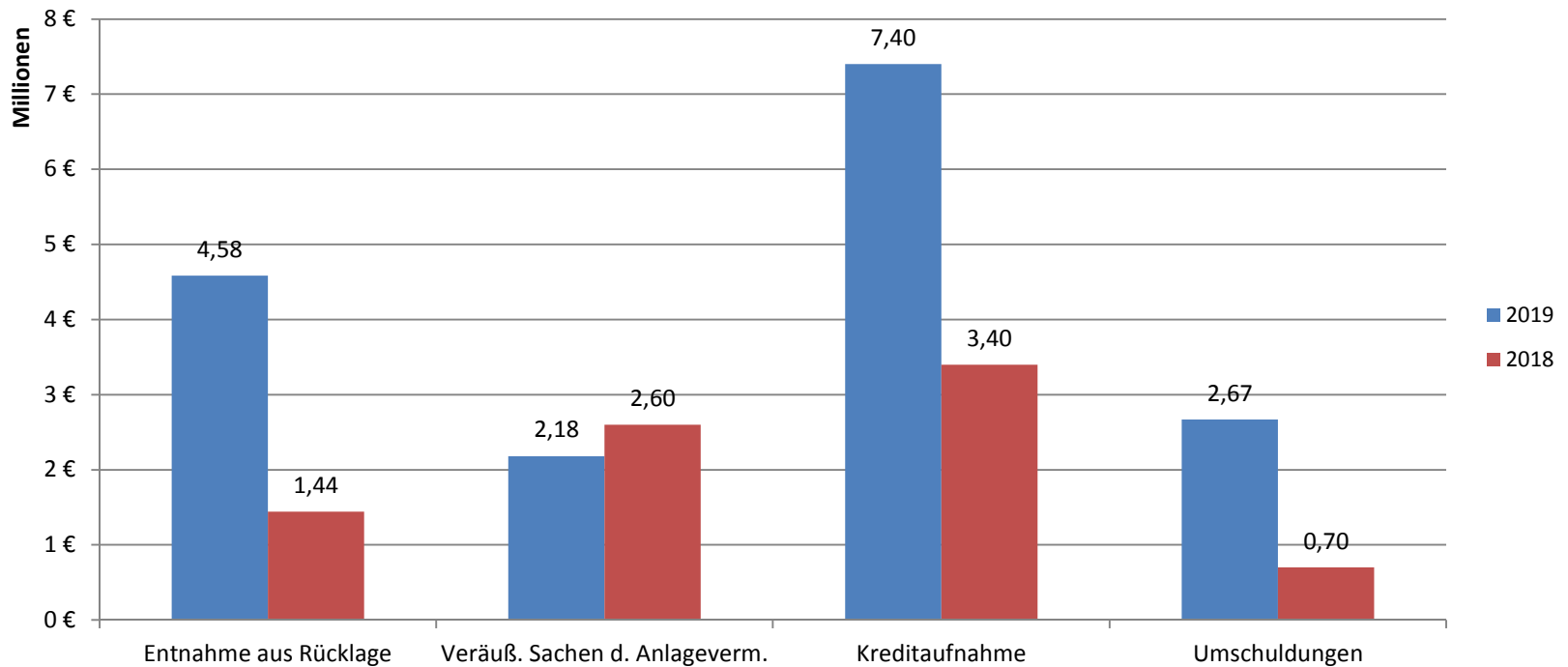
## AUSGABEN VERMÖGENSHAUSHALT

	2019	2018
Erwerb Beteiligungen, Kapitaleinlagen und Grundstücke	1.052.100,00 €	212.100,00 €
Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	794.700,00 €	941.800,00 €
Baumaßnahmen	14.127.700,00 €	8.790.000,00 €
Tilgungen	1.402.600,00 €	1.400.650,00 €
Umschuldungen	2.668.300,00 €	700.350,00 €
Zuführung an Rücklagen (Badenia)	18.500,00 €	36.100,00 €
Zuweisungen und Zuschüsse	1.172.750,00 €	608.000,00 €
<b>Summe Ausgaben VMHH.</b>	<b>21.236.650,00 €</b>	<b>12.689.000,00 €</b>



## EINNAHMEN VERMÖGENSHAUSHALT

	2019	2018
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	2.655.220,00 €	4.545.420,00 €
Entnahme aus der Rücklage	4.583.130,00 €	1.443.230,00 €
Veräußerungen Sachen d. Anlagevermögens	2.180.000,00 €	2.600.000,00 €
Kreditaufnahme	7.400.000,00 €	3.400.000,00 €
Beiträge und Zuschüsse	1.750.000,00 €	0,00 €
Umschuldungen	2.668.300,00 €	700.350,00 €
<b>Summe Einnahmen VMHH.</b>	<b>21.236.650,00 €</b>	<b>12.689.000,00 €</b>



## Änderung aufgrund Senkung der Kreisumlage

<b>Finanzposition</b>	<b>Ansatz alt</b>	<b>Ansatz neu</b>
Kreisumlage	11.353.300,00 €	11.059.700,00 €
Zuführung an den Vermögenshaushalt	2.655.220,00 €	2.948.820,00 €
Kreditaufnahme	7.400.000,00 €	7.100.000,00 €
Entnahme aus der allg. Rücklage	4.583.130,00 €	4.589.530,00 €

# Investitionen ab 100.000€

Finanzposition	Beschreibung	Ansatz 2019
2.2152.940000-001	Geschwister-Scholl-Schule St. Ilgen	2.500.000,00
2.2210.940000-001	Otto-Graf-Realschule Leimen	2.100.000,00
2.6310.950000-150	Kreisel St. Ilgener/Gewerbegebiet Süd II, 1. Erw.	1.850.000,00
2.6150.950000-001	Stadtkernsanierung	1.400.000,00
2.4646.940000-002	Neubau Ludwig-Uhland Kiga	1.000.000,00
2.8800.932000-001	Allgem. Grundvermögen - Erschließungsbeiträge	940.000,00
2.4600.940000-001	Jugendtreff Basket 2.0	800.000,00
2.6150.940000-014	Rathaus St. Ilgen	550.000,00
2.7610.983000-001	Breitbandversorgung	500.000,00
2.4644.987000-001	Kindergartenzuschüsse	450.000,00
2.0661.940000-001	Neues Verwaltungsgebäude	350.000,00
2.6310.950000-113	Rohrbacher Str.	330.000,00
2.6310.950000-119	Lenaustraße	310.000,00
2.7512.940000-001	Bestattungswesen Gauangelloch	300.000,00
2.7511.940000-001	Bestattungswesen Leimen	270.000,00
2.6310.950000-135	Bau von Radwegen, Radwegbeschilderung	220.000,00
2.5830.950000-001	Kinderspielplätze	200.000,00
2.6310.950000-016	Geheimrat-Schott-Straße	200.000,00
2.6310.950000-052	St. Ilgener Straße	200.000,00
2.6310.950000-157	Böse Walläcker	200.000,00
2.6810.940000-001	Parkeinrichtungen / Parkplätze	170.000,00
2.8750.950000-001	Rathausplatz-Tiefgarage	150.000,00
2.0660.940000-001	Verwaltungsgebäude	125.000,00
2.7920.987000-001	Regionalbahn	107.750,00
2.4600.950000-001	Jugendtreff - Außenanlage	100.000,00
2.4641.987000-001	Friedrich-Fröbel-Kindergarten Gauangelloch	100.000,00
2.8810.932000-001	Wohn- und Geschäftsgebäude	100.000,00

Interessierten Bürgern wird nun Gelegenheit gegeben, in der Zeit  
**vom 29. Oktober bis 12. November 2018,**  
während der üblichen Dienstzeiten im Rechnungsamt  
(Neues Verwaltungsgebäude, Zimmer 2.14)  
Einblick in den Haushaltsplanentwurf 2019 zu nehmen.

In diesem Zeitraum können Sie den Entwurf ebenfalls  
auf unserer Homepage einsehen.